

# **Welche Wirkung hätte eine Annahme der 1:12-Initiative?**

## **Die Schweiz – und ein bisschen die Welt – vom Kopf auf die Füße stellen**

*Hans Baumann und Beat Ringger*

Am 3. März 2013 ist die Abzockerinitiative des KMU-Besitzers Thomas Minder wuchtig mit 68 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden und dies trotz einer 10-Millionen-Nein-Kampagne des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse. Der Ärger der Bevölkerung über die Lohnexzesse und die ungerechte Lohnverteilung ist auch fünf Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise beträchtlich.

Allerdings liegt der Wert der Minder-Initiative vor allem auf der symbolischen Ebene. Die Initiative suggeriert das falsche Bild einer Aktionärs-»Demokratie«, als hätte diese Ähnlichkeiten mit der politischen Demokratie. In Wirklichkeit wird der überwiegende Teil der Aktien von Beteiligungsgesellschaften, Banken und Grossunternehmen kontrolliert – genauer: Von den Managern der Beteiligungsgesellschaften, der Banken und der Grossunternehmen. Nun hackt eine Krähe einer anderen Krähe bekanntlich kein Auge aus. Die Minder-Initiative wird deshalb in ihrem Kernanliegen – der Senkung der Abzocker-Boni – weitgehend wirkungslos bleiben.

Anders die 1:12-Initiative. Sie schafft klare Vorhaben zur maximal zulässigen Lohnspreizung. Sie ist deshalb die weit bessere Abzockerinitiative als die Minder-Initiative. In der zweiten Trendumfrage zu letzterer sprachen sich 66 Prozent der StimmbürgerInnen dafür aus, dass der Staat sehr hohe Löhne beschränkt. Mit einem Ja zur 1:12-Initiative kann diese Beschränkung verwirklicht werden.

### **Ausgerechnet die Schweizerinnen und Schweizer!**

Kein Zweifel – noch mehr als bei der Minderinitiative hätte die Annahme der 1:12-Initiative eine kaum zu unterschät-

zende Signalwirkung. Jetzt ist genug: Diese Botschaft würde nicht nur in der Schweiz gehört. Die Nachricht von einem Ja der Schweizer Stimmbevölkerung würde in der ganzen Welt in den Top-News der Medien landen. »Ausgerechnet die SchweizerInnen!« würden die Leute rund um den Globus denken, in Deutschland, Griechenland, Kamerun, Chile oder sonst wo. »Wenn die Leute im Land der Banken und der Konzernhauptsitze die Nase voll haben von den Boni und Abzockerlöhnen, sollten wir uns schleunigst auch auf die Socken machen und dasselbe bei uns durchsetzen!« Ein Ja würde die Abzockerlöhne weltweit auf die Agenda setzen und all jenen Auftrieb geben, die sich rund um den Globus für die Rückverteilung der Reichtümer einsetzen, die sich das bekannte eine Prozent in einem gigantischen Umverteilungs-Schnelllauf in den letzten 20 Jahren *zusätzlich* angeeignet hat. Und gerade das wäre von enormer Bedeutung.

Verdeutlichen wir kurz, worum es hier geht. Nachdem im Herbst 2008 Lehmann-Brothers den Konkurs anmelden musste und darauf die Finanzmärkte beinahe kollabierten; nachdem daraufhin die UBS mit einem Einsatz von 76 Milliarden Franken an öffentlichen Geldern gerettet werden musste, rieben sich die Leute die Augen: Dieselbe UBS gab bekannt, dass sie 2009 trotz eines gigantischen Vorjahres-Verlustes drei bis vier Milliarden Boni auszuzahlen gedenke.<sup>1</sup> Statt in der Beinahe-Pleite auf die Boni zu verzichten, machten die UBS-Manager weiterhin die hohle Hand – wohl wissend, dass diesmal die Boni mit öffentlichen Mitteln finanziert würden. Der Chef der UBS-Investmentbank kassierte 2009 z.B. 13 Millionen.<sup>2</sup> Dieser Vorgang ist tatsächlich ungeheuerlich. Für den Betrag von 4 Milliarden müssen 400'000 Haushalte Steuern in der Höhe von je 10'000 Franken bezahlen.

Die Empörung in der Bevölkerung war zu Recht enorm. Einige Leute meinten zwar, die Boni-Frage diene ja nur zur Ablenkung vom Wesentlichen, nämlich vom Versagen eines wild gewordenen, finanzgetriebenen Kapitalismus. Diese Leute täuschten sich jedoch gleich doppelt.

## Die zerstörerische Wirkung von Abzockerlöhnen

Erstens war da niemand, der von einem Ablenkungsmanöver hätte profitieren können. Im Gegenteil: Die Empörung über die Boni traf dieselben, die für das Beinahe-Desaster der Finanzmärkte die Verantwortung zu tragen hatten. Und zweitens ist die Frage der Boni und der Abzockerlöhne längst keine Nebensache mehr. Das war sie mal, aber das ist lange her. Vor dreissig Jahren war die Summe der Topsaläre gemessen an der gesamten Lohnsumme aller Beschäftigten noch unerheblich. Doch mittlerweile geht es um massgebende Summen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB hat berechnet, dass das eine Prozent der SpitzenverdienerInnen der Schweiz im Jahr 1997 3,5 Prozent des Gesamteinkommens erhielt (12 Milliarden Franken) und zehn Jahre später fast 5 Prozent, d.h. 23 Milliarden Franken.<sup>3</sup> Die TopverdienerInnen haben also in zehn Jahren ihre Einkommen fast verdoppelt und mehr verdient als die ganze Bevölkerung von Sambia, ein afrikanisches Land mit doppelt so vielen EinwohnerInnen wie der Schweiz.

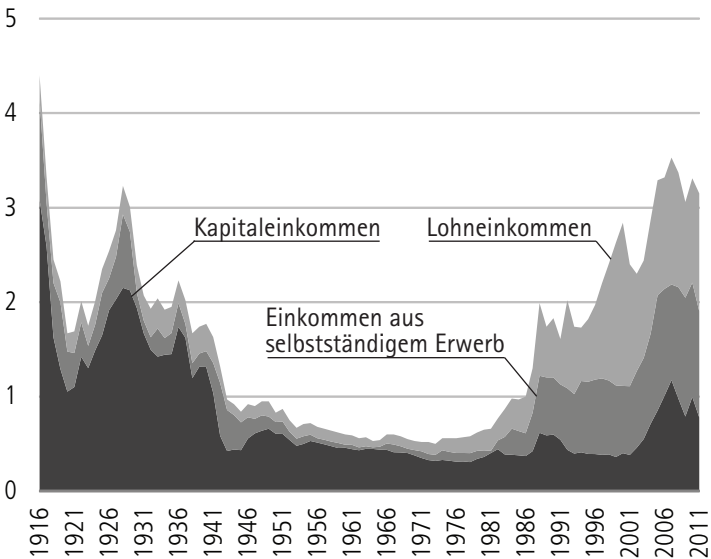
Die folgende Grafik betrifft die USA, die bezüglich der Abzockerlöhne dem Rest der Welt um ein bis zwei Jahrzehnte voraus ist. Sie macht zwei Entwicklungen deutlich. Erstens sind die Einkommen wieder ähnlich ungleich verteilt wie in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts – einer Zeit grosser sozialer Verwerfungen, Krisen und Kriege. Und zweitens ist der Anteil der Löhne an dieser ungleichen Verteilung wesentlich höher als damals. Die Spitzenlöhne waren also die Haupttreiber der ungleichen Verteilung. Dies war auch in der Schweiz so.<sup>4</sup>

Solch grosse Ungleichheit ist eine Frage von Gerechtigkeit, von Moral, von den Werten, die in einer Gesellschaft gelebt werden (oder eben nicht gelebt werden). Solche Ungleichheit ist aber auch ein Teil eines bedrohlichen ökonomischen Ungleichgewichts. Was tun die sogenannten Very-High-Net-Worth Individuals (die Super-Super-Reichen) mit ihren Einkünften? Schokolade kaufen? An der Bahnhofstrasse in Zürich teuren Schmuck erstehen? Sich an einer

## Grafik 1

### Höchstlöhne als Treiber der Ungleichheit<sup>5</sup>

Prozentualer Anteil und Einkommens-Zusammensetzung der reichsten 0,01% am Gesamteinkommen der USA von 1916 bis 2011. In absoluten Zahlen handelt es sich in den USA gegenwärtig um etwas weniger als 20'000 Personen.



Quelle: *The World Top Income Database*, <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu>

Auktion einen Picasso ersteigern? Zweit-Jet, Dritt-Jacht, Viert-Villa? Ja, das wohl alles auch. Aber ihre Einkommen und Vermögen sind so hoch, dass sie auch beim ›besten Willen‹ nicht mehr verkonsumiert werden können (was die allermeisten Super-Super-Reichen ja auch gar nicht wollen). Sie werden vielmehr auf den Finanzmärkten angelegt. Weil es aber nun einen hohen Überschuss an solchen Vermögen gibt, die auf den Finanzmärkten angelegt sind, kommt es in immer rascherer Folge zu spekulativen Blasen. Zurzeit baut sich eine solche Blase mitten in der Schweiz auf, bei den Immobilienpreisen in den Zentrumsregionen und den Tiefsteuerkantonen.

Wenn diese Blasen platzen, gerät die gesamte Wirtschaft in die Krise. Die Zeche zahlen die normalen Bürgerinnen und Bürger. Deshalb reden wir in diversen Denknetz-Publikationen immer wieder davon, dass es zu den ganz zentralen gesellschaftlichen Aufgaben gehört, den Reichtum rückzuverteilen – weg aus den Finanzmärkten, wo die Gelder in immer schnelleren Rhythmen Unheil stiften, hin in die Nützlichkeitszonen der Gesellschaft. Zum Beispiel zur Bezahlung von anständigen Mindestlöhnen oder zur Finanzierung von Kinderkrippen, guter Bildung und so weiter.<sup>6</sup> Ein Ja zur 1:12-Initiative wäre deshalb nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit. Sie wäre ebenso ein Akt der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vernunft.

### **Weniger Gier, besseres Wirtschaften**

Ein Argument, das der 1:12-Initiative entgegengehalten wird, lautet: Die besten Wirtschaftsführer (Frauen gibt es in der Schweiz davon kaum eine Handvoll) würden ihre Jobs aufgeben und die Schweiz verlassen, wenn ihre Löhne zu sehr beschränkt würden.

In der Schweiz werden heute die höchsten Managerlöhne der Welt gezahlt.<sup>7</sup> Es gäbe also ›gegen unten‹ einen grossen Spielraum, bevor es sich überhaupt lohnt, das Land wegen tiefer Löhne zu verlassen. Die Manager in der Schweiz müssen folglich noch lange nicht darben. Einmal abgesehen davon stellt sich die Frage, ob die Initiative die besten Manager treffen würde. Sicher ist, dass die Initiative Leute betreffen würde, die sich der Gier und dem Machthunger verschrieben haben. Ist, wer von dieser Gier geleitet wird, auch ein guter Wirtschaftsführer? War Marcel Ospel ein guter Manager, als er der UBS 15 bis 20 Prozent Rendite abverlangte und damit die Kultur des Abzockens zur Unternehmensdoktrin erklärte? Oder sein Nachfolger Oswald Grübel, der dasselbe selbst nach dem Beinahe-Kollaps von 2008 noch getan hat? Die UBS war massgeblich an der Manipulation des weltweit wichtigsten Leitzinses, des Libor, beteiligt, eine kriminelle Aktivität. Sie hat dutzendfach Ge-

setze von Ländern verletzt, um den Superreichen bei der Hinterziehung von Steuern zu helfen. Die Credit Suisse, die zweite Schweizer Grossbank, hat neulich eine Abgeltung von 20 Millionen Franken bezahlt, weil sie die Pensionskasse des Kantons Zürich mit manipulierten Aktienkursen abgezockt hatte – zulasten der Altersrenten von Zehntausenden von Angestellten. Sind das gute Manager, die aus Unternehmen kriminelle Vereinigungen machen, geleitet von der Gier nach immer noch mehr?

Diese Herren haben sich vom Gemeinwohl längst verabschiedet. Ihr Verhalten schadet der Gesellschaft. Auch ihre Fähigkeiten zur Unternehmensführung dürfen bezweifelt werden. Wie viel Kurzsichtigkeit brauchte es, um wie die UBS auch nach 2008 noch tüchtig an Steuerhinterziehungspraktiken verdienen zu wollen? Oder wie die UBS Investment-Banking so riskant zu betreiben, dass ein einziger Broker (Kweku Adoboli) 2,4 Milliarden in den Sand setzen konnte? Entweder wussten die Spitzenmanager nicht, was in ihren Firmen vonstattenging (auweia!) oder sie wussten es sehr wohl (auweia!).

Nein, da würden nicht die Besten, sondern die Gierigsten getroffen. Wenn diese Manager deshalb die Schweiz verlassen, dann wäre damit (fast) allen gedient. Mehr Corporate Governance, mehr soziale Verantwortung in den Unternehmen ist in aller Munde. Es beschäftigt jetzt auch den Bundesrat, der sich mit den 2011 angenommenen UNO-Richtlinien zur Unternehmensverantwortung und Menschenrechten befasst und demnächst einen Bericht zu deren Umsetzung in der Schweiz vorlegen will.<sup>8</sup> Vernünftige Löhne für die Manager, weniger leistungs- beziehungsweise profitabhänge Boni wird für die Schweizer Wirtschaft bedeuten: Weniger Zockerei an den Finanzmärkten, weniger verantwortungslose Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln, weniger profitgetriebene Unternehmensverkäufe und Fusionen, weniger Gier und Machtstreben und vielleicht auch ein wenig mehr unternehmerische Verantwortung für die Arbeitnehmenden und die Umwelt. Unter dem Strich also ein besseres Wirtschaften.

## Verlassen Unternehmen die Schweiz?

»Die Besten gehen« ist also keine wirksame Drohung. Wer mit 780'000 Franken – der zulässige Höchstlohn mit der 1:12-Initiative, wenn der tiefste Lohn im gleichen Unternehmen 5000 Franken im Monat beträgt – Jahressalär nicht zufrieden ist, ist nicht gut, sondern gierig oder machtbesessen – oder beides. Kommt also die zweite Drohung: Die Unternehmen selbst gehen. Novartis-Chef Jimenez wird den Sitz des Basler Pharmamultis nach – ja wohin denn verlegen?

Der Standort Schweiz hat für Unternehmen gegenüber anderen Ländern so viele Vorteile, dass sie sich einen Wegzug zweimal überlegen werden. Die Schweiz bietet Unternehmen neben steuerlichen Vorteilen ein Angebot an gut qualifiziertem Personal, erstklassige Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, politische Stabilität, Rechtsicherheit, gut funktionierende staatliche und private Dienstleistungen, ausgezeichnete Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, die Nähe zu den Finanzmärkten sowie zur Konkurrenz. Alles herausragende Voraussetzungen für ein hohes Produktivitätsniveau und attraktive Bedingungen für die Konzernspitze. Kaderleute arbeiten besonders gern in der Schweiz, nicht nur wegen des guten Verdienstes. Die Agglomeration Zürich oder das Genfer Seebecken gehören zu den attraktivsten Wohngegenden der Welt. Gute Bildungseinrichtungen für die Kinder, ein Top-Kulturangebot, kurze Wege und eine ausgezeichnete Gesundheitsversorgung zeichnen sie aus. Für Manager besonders wichtig ist die Sicherheit. Der CEO eines der grössten multinationalen Unternehmens wohnt mit seiner Familie in der Agglomeration Zürich, steht mit vollem Namen im Telefonverzeichnis, selbst sein Briefkasten ist angeschrieben. Er wohnt mit der Familie nicht in einem streng bewachten Ressort wie in vielen anderen Ländern. Er braucht nicht einmal einen besonderen Zaun um sein Haus und auch keinen Security-Mann, der es bewacht. Er wohnt in einem Land, in dem Bundesrätinnen und Wirtschaftsbosse wie alle anderen mit dem Tram fahren können, ohne sich fürchten zu müssen.

Solche Vorteile hätten Unternehmen und ihre Manager eventuell auch im grenznahen Ausland. Also z.B. in Lör-rach, weil man dort die Attraktivität Basels trotzdem in Anspruch nehmen kann. Aber Moskau? Bratislava? Kanalinseln? Singapur? Honkong? Viele in der Konzernleitung werden sich dagegen wehren, dorthin zu ziehen, selbst wenn sie dadurch Gehaltskürzungen verhindern könnten. Und selbst, wenn sie wollten: Manager alleine können den Sitz nicht ohne Zustimmung der AktionärInnen beschliessen, die vom Standort Schweiz stark profitieren. Bei Nestlé braucht es beispielsweise eine Zweidrittelmehrheit an der Generalversammlung.

Eventuell werden einige Rohstofffirmen die Schweiz verlassen. Glencore zum Beispiel könnte den Sitz nach London verlegen, wo die Firma ohnehin mehr Personal beschäftigt als in Baar. Das würde die Konzernleitung allerdings wohl nur zulassen, wenn die Unternehmenssteuern im Kanton Zug erhöht würden. Aber das wäre eigentlich ein Segen. Solche Firmen bringen der Schweiz ausser geringfügigen Steuereinnahmen nichts: Kaum Arbeitsplätze, keine Lehrstellen, hingegen einen schlechten Ruf für den Standort Schweiz wegen Verletzung der Menschenrechte und wegen Steuerbetrugs. Auch hier: Ein Wegzug wäre kein Verlust, eher ein Gewinn.

### **Umgehung kann verhindert werden**

Natürlich würde nach einer Annahme der Initiative alles versucht, um die Lohnbeschränkung zu umgehen. Irgendwelche Schlupflöcher finden sich immer. Die Manager könnten sich zum Beispiel der 1:12-Regel zu entziehen versuchen, indem sie sich einen Teil des Lohns verborgen im Ausland (z.B. auf den steuerbefreiten Cayman-Inseln) auszahlen lassen.

Die Signalwirkung einer Annahme der Initiative wird aber gross sein und das erschwert die Umgehung. Bundesrat und Parlament werden gezwungen sein, die Initiative detailliert umzusetzen und mit den nötigen Kontrollme-



chanismen zu versehen. Unternehmen, welche doch noch vorhandene Schlupflöcher ausnützen, werden es in diesem Umfeld nicht leicht haben. Schliesslich kann die Initiative nicht nur in der Schweiz, sondern auch international Wellen schlagen und auch in anderen Ländern zur Begrenzung der Abzockerlöhne führen.

Auch war die Möglichkeit, ein Gesetz zu verletzen, noch nie ein besonders gutes Argument gegen den Erlass eines Gesetzes. Denn mit diesem Argument liessen sich gleich alle Gesetze abschaffen – es werden nämlich so ziemlich alle Gesetze verletzt, auch diejenigen, deren Verletzung mit drakonischen Strafen belegt ist (z.B. das Verbot andere Menschen zu töten). Auch die Strafen für die Verletzung der Lohnbegrenzung auf 1:12 müssten genügend hoch sein, z.B. progressive Bussen, die vom Doppelten bis zum Zwölffachen der Deliktsumme gehen. Schweizer Behörden und Sozialpartner haben Erfahrung mit Lohnkontrollen. Die gleichen Kontrollorgane wie bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit können diese Aufgaben übernehmen. Die Kontrolle wäre viel einfacher, da nur relativ wenige Firmen betroffen sind.<sup>9</sup>

### **So kann Novartis umverteilen**

Die Initiative muss in den Unternehmen umgesetzt werden. Für einige Firmen haben wir eine Schätzung gemacht, wie dies geschehen kann. Diese Berechnungen sind so realistisch wie möglich, auch wenn wir im Einzelnen mit Annahmen arbeiten mussten. Dies weil uns die genaue Lohnstruktur einzelner Firmen nicht bekannt ist. Aber auch weil die Strategie der Firmen für die Umsetzung der Initiative ganz unterschiedlich sein kann. Eine mögliche Methode wäre, nur die Spitzenlöhne zu kürzen, bis die Lohnspanne 1:12 erreicht wäre, ohne die eingesparten Mittel auf andere LohnbezügerInnen umzuverteilen. Das würde den Profit erhöhen, die Aktionäre würden sich freuen, die Managerlöhne müssten jedoch stärker gekürzt werden, als wenn die eingesparten Mittel oder wenigstens ein Teil davon an die

anderen LohnbezügerInnen verteilt würde. Dieses Szenario wäre deshalb wenig realistisch. Und das wäre auch nicht im Sinn der Initiative. Beim Beispiel Novartis haben wir deshalb angenommen, dass der grösste Teil der Einsparungen durch die Lohnkürzung ganz oben an das untere Viertel der LohnbezügerInnen verteilt wird. Joseph Jimenez verdiente 2011 15,7 Millionen Franken, das ist 266 Mal mehr als der tiefste Lohn in den Schweizer Betrieben.<sup>10</sup> Daniel Vasella als VR-Präsident bezog 13,5 Millionen. Im Durchschnitt bekamen die Konzernleitungsmitglieder 2011 6,4 Millionen, das ist 109 Mal so viel wie der tiefste Lohn. Wie sieht die Rechnung nach Annahme der Initiative aus, wenn die Mitglieder der Konzernleitung und der VR-Präsident noch maximal 12 Mal mehr Lohn bekommen als die am schlechtesten bezahlten ArbeitnehmerInnen in den Schweizer Novartis-Betrieben?

Die tiefsten Löhne bei Novartis in der Schweiz liegen heute bei rund 60'000 Franken. Durch eine Lohnbegrenzung auf 750'000 bis 800'000 Franken in der Konzernleitung und im Verwaltungsrat könnten schätzungsweise 80 Millionen an Lohnkosten eingespart werden. Würde man diese eingesparten Lohnkosten auf die 25 Prozent der am schlechtesten bezahlten ArbeitnehmerInnen in der Schweiz verteilen, ergäbe dies für dieses Viertel der Angestellten eine Lohnaufbesserung von je rund 23'000 Franken, also eine stattliche Lohnerhöhung. Das wäre aber fragwürdig, denn viele Angestellte in anderen Ländern verdienen weit weniger als in der Schweiz. Es wäre also sozialer, die eingesparte Lohnsumme auf das am schlechtesten bezahlte Viertel *aller* Angestellten von Novartis zu verteilen. In diesem Fall würden rund 31'000 Angestellte in der ganzen Welt profitieren und es gäbe für jeden eine Gehaltsaufbesserung von ca. 2'600 Franken im Jahr. In der Schweiz würde das einer zusätzlichen guten Lohnrunde entsprechen, wie sie jeden Herbst mit den Gewerkschaften vereinbart wird. In vielen ärmeren Ländern würde das aber eine sehr grosse Lohnerhöhung bedeuten und die Lebensbedingungen entscheidend verbessern.

Gemessen an den tiefsten Schweizer Löhnen wird sich bei Novartis die aktuelle Lohnspreizung von 1:109 bzw. 1:266 gegenüber Konzernleitung und CEO auf 1:12 verringern. Die Initiative kann so umgesetzt werden, und zwar mit der gleichen Lohnsumme und einem Gehalt für die Konzernleitungsmitglieder von 750'000 bis 800'000 Franken. Immer noch ein Jahreseinkommen, von dem 99 Prozent der Bevölkerung nur träumen können.

Alle grossen, multinationalen Unternehmen haben riesige Lohnschere und müssen nach Annahme der Initiative ähnlich umverteilen wie Novartis. Macht man die gleiche Rechnung für grosse nationale Firmen wie die Post, Migros und Coop, aber auch Industriebetriebe wie Ruag und Bobst, zeigt sich, dass die Lohnspreizung heute dem geforderten Verhältnis 1:12 entspricht oder nahe kommt. In die-

### Die Rückverteilungswirkung der 1:12-Initiative

Schätzung auf Basis der AHV-Beitragszahlerstatistik 2010					
Bei einem Tiefstlohn		Höchstlohn	Arbeitnehmende, die von 1:12 betroffen wären und mehr als den Höchstlohn beziehen		
pro Monat (in Franken)	pro Jahr (in Franken)	pro Jahr (in Franken)	Anzahl	Durchschnittlicher Lohn (in Franken)	Total (in Mio. Franken)
4000	48'000	576'000	8910	1'056'000	4270
4500	54'000	648'000	6806	1'179'000	3610
5000	60'000	720'000	5120	1'351'000	3230
5200	62'500	750'000	4541	1'439'000	3130
5600	66'700	800'000	3737	1'608'000	3020

Quelle: Berechnungen von David Gallusser

Lesehilfe: Bei einem angenommenen tiefsten Lohn von 60'000 Franken im Jahr beträgt der zulässige Höchstlohn 720'000 Franken. Mehr verdienten 2010 5120 Personen mit einem durchschnittlichen Einkommen von 1,351 Millionen. Unter der Annahme, dass keine höheren Löhne bezahlt werden, würde mit der Initiative 3,23 Milliarden Franken rückverteilt.

sen Firmen müssen allenfalls die CEO-Gehälter gedeckelt werden. Schätzungsweise 100 bis 200 Firmen müssen Veränderungen in ihrer Lohnstruktur vornehmen, überwiegend betrifft es nur wenige Spitzenverdiener. Die meisten KMU erfüllen die Forderung der Initiative.

Trotzdem wäre die Umverteilungswirkung der Initiative beträchtlich. Die Tabelle auf der vorhergehenden Seite zeigt, dass je nach Annahme des tiefsten Lohns in den betroffenen Firmen zwischen 3700 und 8900 Löhne gedeckelt werden müssten. Das ergäbe eine Lohnsumme von 3 bis 4,3 Milliarden Franken, die umverteilt würde.

## Fazit

Eine Annahme der 1:12-Initiative ist in vielfacher Hinsicht hoch willkommen. Die Signalwirkung wäre weit über die Landesgrenzen hinaus beträchtlich. Nach einer Annahme der Initiative würde für die JUSO und ihre UnterstützerInnen die Arbeit allerdings erst so richtig beginnen. Denn danach gilt es Druck für eine rasche und sinngemässe Umsetzung der Initiative zu entwickeln. Umgehungsmöglichkeiten und Schlupflöcher müssen verhindert werden. Gewerkschaften müssen sich dafür einsetzen, dass die frei werdenden Mittel für höhere Löhne im unteren Einkommensbereich eingesetzt werden. Ein wichtiges Ziel wäre, dass die Idee auch in andern Ländern aufgegriffen wird.

Im Ergebnis erhielten wir eine Welt mit mehr Gerechtigkeit und weniger Gier. Die Jagd nach immer höheren Salären und Boni könnte wirksam gestoppt werden – eine Jagd, die in den letzten Jahren enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden angerichtet hat. Ein Teil des heute extrem ungleich verteilten Reichtums könnte wieder sozialer verteilt werden: Weg aus den Finanzmärkten, wo die Gelder in immer schnelleren Rhythmen die Spekulation anheizen, hin in die Nützlichkeitszonen der Gesellschaft, zum Beispiel zur Bezahlung von anständigen Mindestlöhnen. Ein Ja zur 1:12-Initiative wäre deshalb nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit. Sie wäre ebenso ein Akt der gesellschaftspo-

litischen Vernunft. Die Schweiz – und ein bisschen die Welt – würde von einem aufgeblähten Finanz-Kopf auf die Füße gestellt, bevor dies durch tiefgreifende Krisen erzwungen wird.

## Literatur

- Baumann, Hans und Ringger, Beat (Hrsg.) (2011): Richtig Steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Milliarden Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. Zürich.
- Föllmi, Reto und Martinez, Isabel (2013): Reich sein in der Schweiz. In: BATZ.CH, das Forum für Schweizer Wirtschaftspolitik, <http://www.batz.ch/2013/01/reich-sein-in-der-schweiz/>
- Piketty, Thomas und Saez, Emmanuel (2007): Income and Wage

Inequality in the United States 1913–2002. In: Atkinson, A. B. and Piketty, T. (ed): *Top Incomes over the Twentieth Century. A Contrast Between Continental European and English-Speaking Countries*, Oxford University Press, Chapter 5. (Series updated by the same authors).

- Schweizerischer Bundesrat (2012): *Botschaft zur Volksinitiative ›1:12 – Für gerechte Löhne‹*. Bern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2011): *Verteilungsbericht 2011*. Bern.
- Travail Suisse (2012): *Unterlagen der Pressekonferenz zu den Managerlöhnen 2011*. <http://www.travailsuisse.ch/themen/arbeit/managerloehne>
- United Nations (2011): *Report of the Special Representative of the Secretary-General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and other Business Enterprises*. John Ruggie. Geneva.

## Anmerkungen

- 1 Tatsächlich wurden dann 2009 sogar 4,8 Milliarden Boni ausbezahlt. Das Spiel hat sich im Februar 2013 in beinahe identischer Weise wiederholt: Trotz eines Verlustes von 2,5 Mia Franken im Jahr 2012 wird die UBS Boni in der Höhe von 2,5 Mia Franken auszahlen – und zusätzlich die Dividenden um 50 Prozent erhöhen! Das kann sich nur eine Grossbank mit einer De-Facto-Staatsgarantie leisten. Siehe u.a. *Tages-Anzeiger*, 10.1.2010 und [http://www.finanzen.net/bilanz\\_guv/UBS](http://www.finanzen.net/bilanz_guv/UBS).
- 2 *Swissinfo.ch*, 2.3.2011.
- 3 Schweizerischer Gewerkschaftsbund 2011. Aktualisierte Berechnungen von David Gallusser aufgrund der AHV-Beitragszahlerstatistik.
- 4 Siehe dazu Föllmi/Martinez 2013.
- 5 In der Grafik kommt zum Ausdruck, dass die erfolgreichste Epoche in der Geschichte des Kapitalismus in den USA (das ›Golden Age‹ der Nachkriegszeit) gleichzeitig die egalitärste ist – ein Umstand, der manchem neoliberalen Theoretiker zu denken geben müsste. Siehe dazu auch Piketty/Saez 2007.
- 6 Z.B. Baumann/Ringger 2011.
- 7 Siehe auch Einleitung und der Artikel von David Gallusser, Samira Marty und Florian Vock in diesem Buch.
- 8 UNO 2011.
- 9 Siehe den Artikel von Jean Christophe Schwaab in diesem Buch
- 10 Travail Suisse 2012.